

**Peter Moser**

## **Der "kleine Mann" sagt Nein**

### **Eine Analyse der Zürcher Resultate der BVG-Abstimmung vom 7.3.2010**

Wie die Abstimmungen vom 7.3.2010 im Kanton Zürich ausgehen würden, war bereits klar, als die ersten Resultate aus den Gemeinden eintrafen. Wenn selbst üblicherweise konservative SVP-Gemeinden im Weinland, wie bei der BVG-Vorlage geschehen, der Parole der Linksparteien mehrheitlich folgen, kann das Schlussresultat auch ohne komplizierte Hochrechnung prognostiziert werden. Der Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen war ohnehin kaum bestritten und fand entsprechend auch eine klare Mehrheit (78% Ja-Stimmenanteil). Bei der Tierschutzanwaltsinitiative rechneten wohl nur wenige ernsthaft mit einer Mehrheit, die bei einem Ja-Stimmenanteil von 36% denn auch in weiter Ferne lag.

Am meisten zu reden gab aber die Regierungsvorlage über die Neufestsetzung des Mindestumwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge, die sogenannte BVG-Vorlage, mit der wir uns in dieser Analyse deshalb auch ausschliesslich beschäftigen. Mit einem Ja-Stimmenanteil von nur 33% wurde die Senkung dieses Umwandlungssatzes, der von Bedeutung ist für das Verhältnis von angespartem Vorsorgekapital und BVG-Rente, sehr deutlich abgelehnt. Nur drei Gemeinden im Kanton Zürich – Zollikon, Zumikon und Küsnacht – nahmen die Vorlage mit Ja-Stimmenanteilen von knapp über 50% an.

Die Spanne zwischen dem minimalen Ja-Stimmenanteil in der Furttaler Gemeinde Dällikon mit 21.2% und dem maximalen in Zumikon an der Goldküste (51.7%) ist beträchtlich. Dies schafft günstige Voraussetzungen für eine Aggregatsdatenanalyse auf der Basis der kommunalen Abstimmungsresultate, die kombiniert mit weiteren gemeindebezogenen Daten eine erste Einschätzung der Frage nach der Haltung unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Gruppen zulassen.<sup>1</sup> Grafik 1 zeigt zur Einleitung die regionale Verteilung der Ja-Stimmenanteile zur BVG-Vorlage im Kanton Zürich. Wie sind die Unterschiede zu erklären?

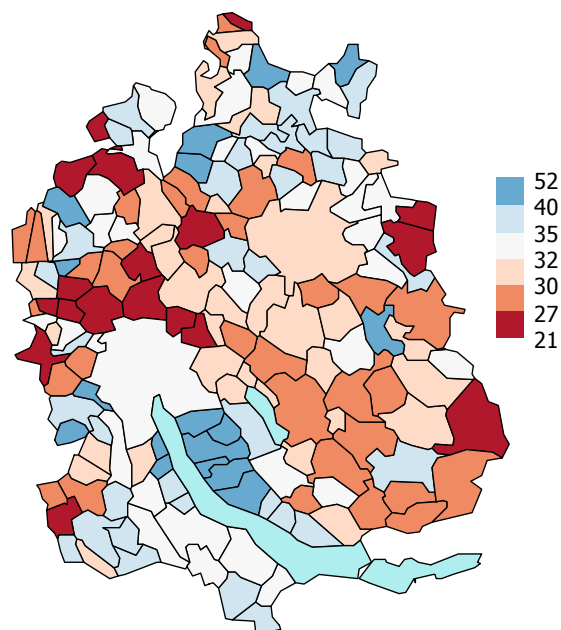
---

<sup>1</sup> Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen. Nur eine demoskopische Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer Aggregatsdatenanalyse bis zum Widerruf brauchbar – wobei die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden soweit vergleichbar meist übereinstimmen (siehe dazu auch die grundsätzlichen Ausführungen zu einem Vergleich von Aggregats- und Befragungsdaten am Beispiel der Ständeratswahlen 2007 in Moser 2008).

---

## Grafik 1: Regionale Unterschiede in der Zustimmung zur BVG-Vorlage

Kanton Zürich, Ja-Stimmenanteile in %



Die Farbabstufungen teilen den Wertebereich der Ja-Stimmenanteile in das 10%-, 25%-, 50%-, 75%- und 90%-Quantil ein: D.h. jene zehn Prozent der Gemeinden und Stadtwahlkreise mit den niedrigsten Ja-Stimmenanteilen sind dunkelrot eingefärbt, weitere 15 Prozent mittelrot etc. Insgesamt befinden sich je etwa die Hälfte der Gemeinden im roten und im blauen Bereich. Das für die Analyse relevante räumliche Verteilungsmuster ist in dieser Darstellung unabhängig vom allgemeinen Niveau der Zustimmung gut zu erkennen.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

---

### Die Zustimmung zur BVG-Vorlage – ein Erklärungsversuch

Wird die Ausgestaltung der Sozialwerke in einer Abstimmung thematisiert, liegt es nahe zu vermuten, dass neben der meist dominierenden politisch-ideologischen Ausrichtung der Stimmbürgerschaft auch deren soziodemographische Situation für das Abstimmungsverhalten eine wichtige Rolle spielt. Um das ungefähre relative Gewicht dieser beiden Faktoren in unserer Aggregatsdatenanalyse zu ermitteln, verwenden wir ein multivariates Regressionsmodell des Ja-Stimmenanteils der Gemeinden des Kantons mit vier unabhängigen Variablen.

Zur Charakterisierung der ideologischen Grundhaltung der Gemeinden – bzw. letztlich des Kollektivs derjenigen Stimmberechtigten, die jeweils an den Urnengängen teilnehmen – verwenden wir zwei Dimensionen, die den bereit vielfach bewährten Achsen der sogenannten "politischen Landkarte" (Moser 2005) entsprechen, wie sie in Grafik 3, S. 4 dargestellt ist.

Die soziodemographischen Verhältnisse werden ebenfalls durch zwei Variablen abgebildet, von denen die eine, grob gesagt, den Individualisierungsgrad der Bevölkerung einer Gemeinde erfasst. Sie spannt den Gegensatz zwischen modernen, individualisierten und eher traditionellen, an Kollektiven wie der Familie oder der Kirche orientierten Lebensweisen, und damit auch denjenigen zwischen Stadt und Land, auf. Die zweite Dimension beschreibt den sozialen Status. Sie erfasst die Unterschiede in der Ausstattung mit materiellen Ressourcen (Einkommen) und Humankapital, d.h. Bildung.<sup>2</sup>

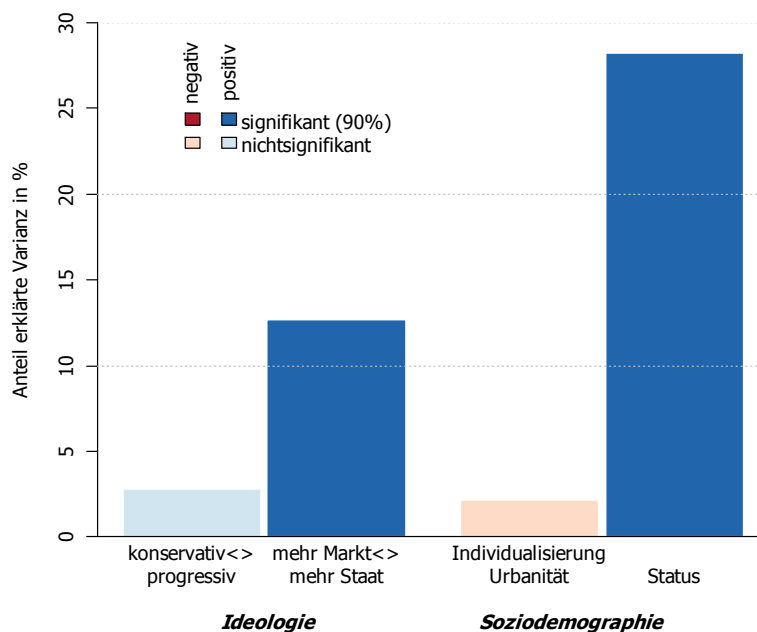
---

<sup>2</sup> Die beiden Dimensionen beruhen auf einer Hauptkomponentenanalyse wichtiger soziodemographischer Indikatoren, die auf Gemeindeebene im Jahresrhythmus und damit aktuell verfügbar sind. Die erste Hauptkomponente (Urbanität) fasst die logarithmierte Bevölkerungsdichte, den Anteil der Einpersonenhaushalte (bzw. Grundtarifbesteuerte gemäss Bundessteuerstatistik), den Ausländeranteil und den Anteil

Es versteht sich von selbst, dass diese beiden Dimensionen die Soziodemographie einer Gemeinde nur sehr grob umschreiben. Im Rahmen einer Aggregatsdatenanalyse sind aber differenziertere Aussagen ohnehin nicht zulässig.

## Grafik 2: Die Zustimmung zu BVG-Vorlage wird beeinflusst durch ...

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils, n=171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz ( $R^2$ ) = 46%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen beschreibt die relative Bedeutung der verschiedenen Einflussfaktoren in Prozent der zu erklärenden Gesamtvarianz der abhängigen Variable, d.h. des Ja-Stimmenanteils der BVG-Vorlage. Wir verwenden hier die sogenannte "Img"-Metrik als Mass für die Effektgrösse der Variablen (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz erklärt, würde jedes Gemeinderesultat fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang positiv (je mehr, desto mehr) oder negativ (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung schliesslich zeigt, ob der Zusammenhang signifikant ist.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Grafik 2 gibt die wesentlichen Resultate dieser Modellierung wieder: sie zeigt, womit das Abstimmungsverhalten zusammenhängt, wenn man alle vier genannten Faktoren gleichzeitig berücksichtigt, und deren Effekte dadurch wechselseitig kontrolliert.

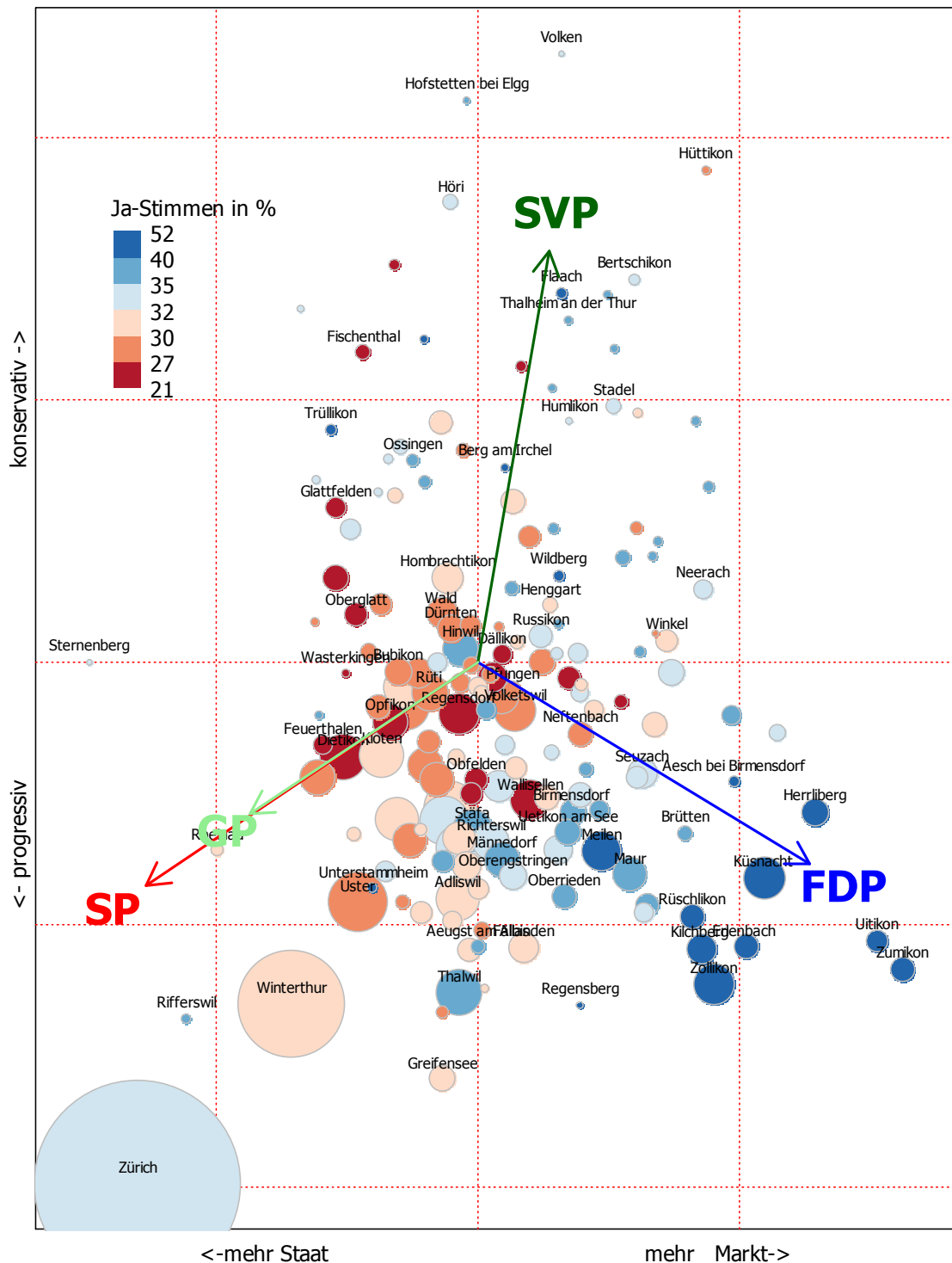
### Geringer Einfluss der Ideologie ...

Die wesentlichen Aussagen dieses Modells, das nicht sehr hohe 46% der Unterschiede zwischen den Gemeinderesultaten "erklärt", sind folgende. Die ideologische Ausrichtung der Gemeinden spielt für die Zustimmung keine sehr grosse Rolle. Der oft dominierende Gegensatz zwischen den nationalkonservativen Traditionalisten und den Linksprogressiven, oder parteimässig gesprochen SVP- und SP-Wählerschaften, ist nicht signifikant und auch die Effektgrösse ist vernachlässigbar.

der Konfessionslosen zusammen. Auf der Statusachse "laden" Indikatoren für die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen (Medianeinkommen gemäss Bundessteuerstatistik) und das Bildungsniveau der Bevölkerung. Letzteres messen wir mit dem Mittelschüleranteil, der wegen der starken intergenerationalen Vererbung von Bildung (vgl. dazu z.B. Riphahn und Bauer 2007 oder Joye et al. 2003) ein gutes Proxy für das Bildungsniveau einer Bevölkerung insgesamt darstellt. Diese beiden robusten und von einander statistisch unabhängigen Dimensionen (dafür sorgt das Hauptkomponentenverfahren) entsprechen in der gesamtschweizerischen Sozialraumanalyse von Herrmann, Heye und Leuthold (2005) sie der Individualisierungs- und der Statusdimension.

### Grafik 3: Die BVG-Vorlage in der politischen Landschaft des Kantons Zürich

Resultat der BVG-Vorlage (Blasenfärbung) und der Nationalratswahlen 2007 für die Parteien (zunehmender Wähleranteil in Pfeilrichtung). Grösse der Blasen proportional zur Zahl der Stimmberechtigten.



Zum Prinzip der Blasenfärbung siehe Lesehilfe zu Grafik 1.  
Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

In Grafik 3 verläuft der Farbgradient entsprechend auch nicht in Richtung der vertikalen Achse. Man kann also davon ausgehen, dass die SVP-Anhängerschaft ceteris paribus, d.h. unter Berücksichtigung ihrer soziodemographischen Zusammensetzung, die

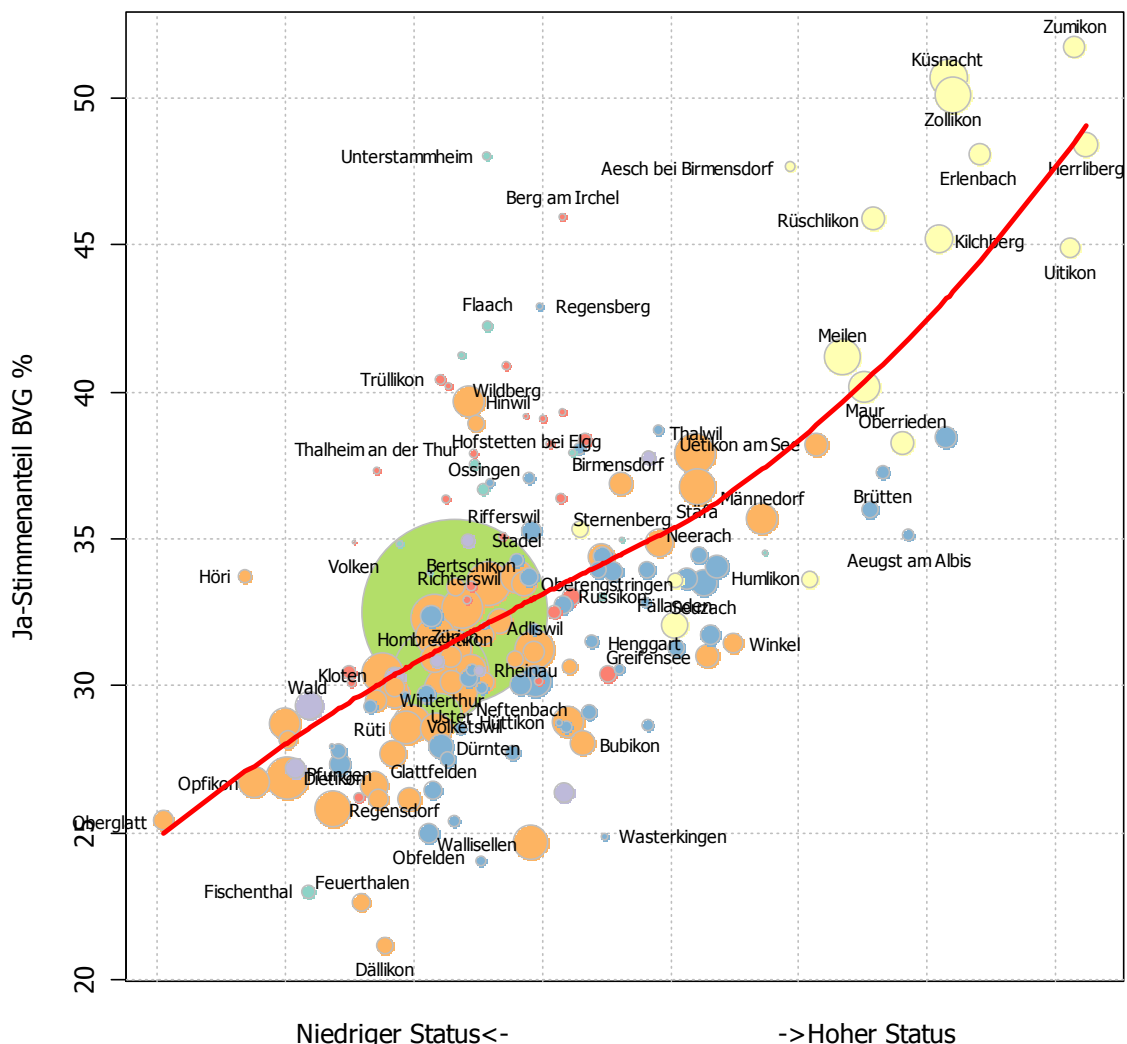
Vorlage wohl etwa im selben Masse verworfen hat wie der Durchschnittsstimmbürger.<sup>3</sup> Die zweite politische Dimension hat eine gewisse Effektgrösse und ist auch signifikant, d.h. die "Marktbefürworter" haben der Vorlage eher zugestimmt als die "Staatsgläubigen". Erstere sind parteimässig in der FDP zuhause (siehe Grafik 3), die ja auch einheitlich die Ja-Parole ausgegeben hatte.

### ... aber erheblicher des sozialen Status

Interessant wird's nun aber bei der Soziodemographie. Der Faktor mit der weitaus grössten relativen Effektstärke ist der soziale Status einer Gemeinde, das heisst die Einkommens- und Bildungsverhältnisse der Bevölkerung: Je höher der Status in diesem Sinne, desto höher der Ja-Stimmenanteil, je niedriger, desto wuchtiger ist tendenziell das Nein. Grafik 4 illustriert diesen Zusammenhang im Streudiagramm mit eingezeichneter Glätterkurve.

#### Grafik 4: Zustimmung zur BVG-Revision und sozialer Status

Ja-Stimmenanteile in %, Die Bildung des Statusindicators ist in Fussnote 2 auf S. 2 beschrieben.



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

<sup>3</sup> Die kantonale und die schweizerische SVP hatten zwar die Ja-Parole ausgegeben; einzelne Lokalparteien (gemäss TA-Online vom 23.2.2010 u. a. Wädenswil, Horgen und Adliswil) votierten aber gegenteilig. Die Haltung innerhalb der SVP war also bereits auf Parteielitebene uneinheitlich.

Der Gegensatz in der Zustimmung zur BVG-Revision zwischen den reichen Gemeinden an der Goldküste und den "ärmeren" Gemeinden, worunter sich viele der grossen suburbanen Agglomerationsgemeinden im Norden (z.B. Rümlang oder Opfikon) und Westen der Stadt Zürich (Schlieren oder Dietikon), aber auch periphere Kommunen im Tösstal (z.B. Fischenthal) befinden, ist augenfällig (siehe auch Grafik 1).

Bei der BVG-Vorlage erklärt die Statusdimension rund 28% der Gesamtvarianz der Ja-Stimmenanteile. Um die Frage zu klären, ob das viel oder wenig ist, haben wir das Modell von Grafik 2 auf die 65 eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen seit 2005 angewendet. Die Effektstärke der Statusvariable liegt im Mittel bei 9%, sie ist also meist eher niedrig, vor allem auch im Vergleich mit den politisch-ideologischen Dimensionen.<sup>4</sup> Die einzige Vorlage in diesem Zeitraum, bei welcher die Statusdimension eine ähnlich hohe Effektstärke (26%) aufwies, war die Initiative für ein flexibles AHV-Alter, über die im November 2008 abgestimmt wurde – mit umgekehrten Vorzeichen natürlich und einem anderen Resultat, da die Flexibilisierung, die ja einen Leistungsausbau impliziert hätte, seinerzeit deutlich abgelehnt wurde (39% Ja-Stimmenanteil). Allerdings war bei dieser Vorlage der ideologische Gegensatz "Markt vs. Staat" noch erklärungsmächtiger als die Statusdimension.

### **Öffnet sich ein neuer politischer Graben?**

Die regionalen Unterschiede in der Zustimmung zur BVG-Vorlage im Kanton Zürich legen also nahe, dass das Abstimmungsverhalten für einmal vor allem und fast ausschliesslich durch die soziale Situation der Stimmbürgerinnen und -bürger beeinflusst wurde. Im historischen Vergleich ist eine derartige Konstellation, d.h. die hohe Erklärungskraft der Statusdimension bei gleichzeitig untergeordneter Bedeutung der ideologischen Faktoren, zudem, soweit wir sehen können, neuartig. Steht uns, zumindest im Bereich der Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung, eine Wiederbelebung des Klassenkampfes ins Haus, bei dem das politische Verhalten durch die ökonomische Situation bestimmt wird? Oder spiegelt diese Konstellation eine momentane, aus der gegenwärtigen Situation (Stichworte: Finanzkrise, Abzockertum etc.) erklärable Protesthaltung der grossen Mehrheit, des sprichwörtlichen "Kleinen Mannes", der mangels anderer Einkünfte auf die Rente angewiesen ist, gegenüber dem "System", der Politik im Allgemeinen und der Finanzwirtschaft im Speziellen? Es versteht sich von selbst, dass eine Aggregatsdatenanalyse auf diese Fragen keine definitiven Antworten liefern kann – man darf aber gespannt sein auf die Resultate der Nachbefragung zu dieser Abstimmung.

---

<sup>4</sup> Im Schnitt der Abstimmungen seit 2005 "erklären" die beiden ideologischen Dimensionen zusammen rund 39% der gesamten Varianz der jeweiligen Ja-Stimmenanteile, wobei die "konservativ"- "progressiv"-Dimension mit durchschnittlich 25% bedeutender ist.

## Zitierte Literatur

Grömping Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.

Grömping Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.

Hermann Michael, Heye Corinna, Leuthold Heiri (2005). Soziokulturelle Unterschiede in der Schweiz – vier Indizes zu räumlichen Disparitäten, 1990–2000. Bundesamt für Statistik. Neuenburg.

Joye Dominique, Bergman Manfred Max, Lambert Paul S. (2003). Intergenerational Educational and Social Mobility in Switzerland. In: *Swiss Journal of Sociology*, Volume 29, Heft 2, Seite 263ff.

Moser Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. (statistik.info 15/2005). Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Moser Peter (2008). Die Zürcher Ständeratswahlen 2007 – eine Nachlese. Aggregats- und Befragungsdaten im Vergleich. (statistik.info 04/08). Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Riphahn Regina und Bauer Philipp (2007). Intergenerationale Bildungs- und Einkommensmobilität in der Schweiz – ein Vergleich zwischen Schweizern und Migranten. *Die Volkswirtschaft* S. 18–21. Seco, Bern.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe "statistik.info" analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich.

Unser monatlicher Newsletter "NewsStat" und unser tagesaktueller RSS-Feed informieren Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Dr. Peter Moser  
Telefon: 044 225 12 35  
E-Mail: [peter.moser@statistik.ji.zh.ch](mailto:peter.moser@statistik.ji.zh.ch)

Statistisches Amt des Kantons Zürich  
Bleicherweg 5  
8090 Zürich  
Telefon: 044 225 12 00

E-Mail: [datashop@statistik.zh.ch](mailto:datashop@statistik.zh.ch)

[www.statistik.zh.ch](http://www.statistik.zh.ch)